

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

## Aufschwung: mäßig, aber lang?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1977) : Aufschwung: mäßig, aber lang?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 5, pp. 218-219

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135064>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

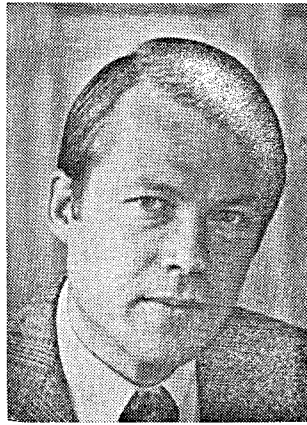
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Aufschwung: Mäßig, aber lang?

**K**onjunkturaufschwünge sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren, könnte man etwas salopp die Quintessenz aus dem Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute formulieren. Kennzeichnend für den gegenwärtigen Aufschwung ist, so wird dort festgestellt, daß sich kurzfristig Perioden rascher Expansion mit Phasen verhaltener Entwicklung ablösen. Dieses Wechselbad führt in einer Atmosphäre ohnehin verbreiteter Skepsis leicht zu dem so oft zu hörenden Zweifel, ob das überhaupt ein Aufschwung sei, was sich seit nunmehr ziemlich genau zwei Jahren abspielt. Doch die Antwort ist eindeutig: es ist ein Aufschwung, und zwar auch nach der anspruchsvollen Definition als „Anstieg des Auslastungsgrades der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten“.

Anders als gewohnt ist sein „Profil“; vor allem ist das Ausmaß des Tempowechsels größer als in bisherigen Aufschwüngen. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der Art der Ankurbelungsmaßnahmen, die am Beginn der Aufwärtsentwicklung standen. Vor allem mit dem Investitionszulagengesetz, aber auch mit den verschiedenen Sonderprogrammen waren Terminsetzungen verbunden, die „Schübe“ von Aufträgen und von Ablieferungen bzw. Fertigstellungen bewirkten. Der vorerst letzte steht unmittelbar bevor; die meisten gewerblichen Bauten, für die die Investitionszulage in Anspruch genommen werden soll, müssen bis zur Jahresmitte fertig sein. Doch das ist nur der eine, der „technische“ Grund für den auffälligen Phasenwechsel. Der andere ist das Ausbleiben einer genügenden Selbstverstärkung der Auftriebskräfte, um die schwachen Zwischenphasen zu verhindern. Es gab zwar durchaus Selbstverstärkungskräfte, sowohl beim Konsum als auch bei der Investition, aber sie waren nicht stark genug.

Eine Zwischenbilanz des bisherigen Aufschwungs zeigt also ein gemischtes Ergebnis. Einerseits ist das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion erheblich angestiegen; es ist heute deutlich höher als vor der Rezession. Andererseits hat die Aufwärtsbewegung nicht die Kraft gewonnen, die früher für diese Zyklusphase kennzeichnend war. Doch dem „Weniger“ an Intensität wird möglicherweise ein „Mehr“ an Dauer gegenüberstehen. Immerhin gibt es gute Gründe für die Annahme, daß eine Phase erneuter Verstärkung von Nachfrage- und Produktionsanstieg bevorsteht. Denn in den meisten Abnehmerländern für unseren Export setzt sich der Aufschwung fort, die Konsumentennachfrage steigt zunehmend, und unsere Investoren haben auch sonst gute Gründe für mehr Investitionen: erhöhte Auslastung der Kapazitäten, günstigere Kreditbedingungen und weiter steigende Gewinne. Ob sie diese Gründe gut genug finden werden, um tatsächlich wesentlich mehr als bisher zu investieren, hängt allerdings auch von der Beseitigung einiger Unsicherheiten ab, die bisher noch die Stimmung belasten. Die Auseinandersetzungen um das Steuerpaket, um die Sanierung der Renten- und Krankenversicherung und um die Energiepolitik – um nur besonders akute zu nennen – müssen so schnell wie möglich durch politische Entscheidungen beendet werden. Solange die Entwicklung auf diesen Gebieten so wenig vorhersehbar ist wie gegenwärtig, sind – weit in die Zukunft wirkende – Investitionsentscheidungen mit zusätzlichen Risiken behaftet.

Bisheriger und absehbarer weiterer Verlauf haben dem Aufschwung das Prädikat „mäßig“ oder „gemäßigt“ eingetragen. Es ist auch dieser Mäßigkeit – und nicht nur der neuen Geldpolitik bei floatendem Wechselkurs und dem im großen und ganzen stabilisierungskonformen Gewerkschaftsverhalten – zu verdanken, daß immer noch weitere Fortschritte bei der Reduzierung der Preisanstiegsrate erzielt werden. Der Verlauf dieses Aufschwungs kommt in vieler Hinsicht den Vorstellungen nahe, die mit dem Begriff „Verstetigung der Konjunktur“ verbunden werden. Doch an dieser Elle wird er kaum noch gemessen. Gefragt ist eigentlich genau das, was früher als eine wichtige Ursache aller Schwierigkeiten erkannt wurde, nämlich kräftige Selbstverstärkung. Daß dies angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit völlig verständlich ist, braucht kaum betont zu werden. Es zeigt sehr deutlich, daß die Bedeutung von „möglichst viel“ Wirtschaftswachstum für die Lösung unseres Hauptproblems, der Unterbeschäftigung, im allgemeinen erkannt worden ist. Es gibt allerdings immer wieder bemerkenswerte Ausnahmen. Auch jetzt noch stellen manche Parteipolitiker im Zusammenhang mit der Energiediskussion das Ziel Wirtschaftswachstum zur Disposition, als lebten wir noch in der Zeit der Überbeschäftigung.

Über die Probleme der Arbeitslosigkeit wird zunehmend differenziert gedacht und diskutiert. Das ist notwendig und bedeutet durchaus kein Herunterspielen ihres Ranges. Natürlich geben die Klagen über mangelnde Bereitwilligkeit zur Annahme angebotener Stellen Anlaß zu Überlegungen, wie groß die „echte“ Arbeitslosigkeit denn wohl sei. Natürlich läßt der zunehmende Mangel an Facharbeitern und ganz allgemein an „brauchbaren“ Arbeitskräften in bestimmten Orten fragen, in welchem Umfang die Arbeitslosigkeit eine Frage des falschen Standortes oder der falschen – oder ganz fehlenden – Ausbildung ist. Aber natürlich ist es auch naheliegend zu vermuten, daß nach einer so einschneidenden Rezession wie der von 1974/75 ein immer noch zu niedriges Nachfrageniveau einen nicht geringen Teil der Arbeitslosigkeit erklärt.

Es ist sehr bedauerlich, daß die Diskussion über „wahre“ Höhe, Gründe und notwendige Therapie der Arbeitslosigkeit mancherlei Fehlentwicklungen aufweist. In jüngster Zeit ist hier besonders die Neigung zu nennen, der „Drückebergerei“ einen hohen Erklärungswert zuzumessen. Wäre das richtig, dann reduzierte sich das Problem auf eine reine Finanzierungsfrage. Doch wie groß ist der Personenkreis, auf den diese Beschreibung zutrifft? Der rheinland-pfälzische Sozialminister Heinrich Geißler nannte jüngst eine Zahl von 70 000–100 000. Das kann zwar auch nur eine vage Schätzung sein, sie dürfte aber die Größenordnung eher treffen als viel weitergehende Vermutungen, wenn damit schlechthin „Arbeitsscheu“ gemeint ist. Für wie viele Personen darüber hinaus eine Arbeitsaufnahme einfach nicht lohnend im engen Sinne des Wortes ist, weil die Summe der ihnen zustehenden Unterstützungen vergleichsweise hoch ist, steht auf einem anderen Blatt. Doch es ist nicht wahrscheinlich, daß das eine oder andere für einen großen Teil der Arbeitslosen zutreffend wäre.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, welcher Teil der Arbeitslosigkeit durch mehr Nachfrage behoben werden kann und welcher selbst dann noch übrig bleibt. Kann man den ersten Teil als „konjunkturell“ bezeichnen, so sollte man den zweiten nicht „strukturell“ nennen, denn diese vieldeutige Bezeichnung verschleiern, daß es sich um eine Reihe ganz verschiedener Ursachen handelt, die auch verschiedene Therapien erfordern. Es seien außer den eben genannten aufgezählt: falscher Standort, falsche oder fehlende Ausbildung, gesundheitliche Einschränkungen, zu hoher Lohn im Verhältnis zum erzielbaren Produkt („Mindestlohnarbeitslosigkeit“) und – zwar nicht jetzt, aber auf mittlere Sicht – fehlende Arbeitsplätze trotz genügender Nachfrage, weil zu wenig investiert wurde (Arbeitsplatzlücke). Nicht gerade förderlich für die Klärung der Zusammenhänge ist die seit einiger Zeit deutliche Neigung zu „Alibi-Analysen“. Institutionen, die für die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne kompetent sind, weisen gern auf die maßgebliche Rolle von Ursachen hin, denen mit konjunkturpolitischen Mitteln zu begegnen wäre. Für die Konjunkturpolitik zuständige Instanzen bemühen sich dagegen um den Nachweis, daß andere als konjunkturelle Gründe für die Arbeitslosigkeit großes Gewicht haben. Eine nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit wird zweifellos eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Ansätzen erfordern. Ablaufpolitisches Nahziel muß dabei sein, den Aufschwung so lange wie möglich am Leben zu erhalten. Die Chance besteht, daß er zwar mäßig bleiben, aber lange dauern wird.